



Anwaltschaft für Menschen
mit Behinderung

Tätigkeitsbericht 2013/2014



Das Land
Steiermark

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. BERICHTSTEIL	
1. Gesetzliche Grundlage	5
2. Räumliche, personelle und organisatorische Situation	7
3. nueva® - Evaluationen	8
4. Statistische Daten	10
4.1. Geschäftsfälle	10
4.2. Tätigkeitsfelder	11
4.3. Klient/innenstruktur	12
5. Veranstaltungen	13
6. Öffentlichkeitsarbeit	14
7. Stellungnahmen	14
8. Netzwerkarbeit	15
II. FACHTEIL UND EMPFEHLUNGEN	
1. Schule	16
2. Arbeitswelt	16
3. Mobile Dienste	19
4. Intensiv betreute Wohn- und Beschäftigungsangebote	20
5. Wohnangebote für psychisch beeinträchtigte Personen	20
6. Feststellung des individuellen Hilfebedarfes (IHB)	21
7. Bedarfs- und Entwicklungsplanung	22
8. Sozialarbeit	22
9. Peer-Beratung	23
10. Barrierefreiheit	23
11. UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)	24
III. AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE	
1. Rückerstattung von Pflegegeldbeiträgen	26
2. Hürdenlauf zur erhöhten Familienbeihilfe	26
3. Gebührenfreies Parken	27
4. Mediation mit Trägervertreter und Angehöriger	27
5. Rechtsdienste	27
6. Sicherung des inklusiven Schulbesuches	28

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung besteht seit nunmehr 10 Jahren. Ich durfte im März 2005 damit beginnen, diese neue Servicestelle des Landes Steiermark aufzubauen und sie bis jetzt zu leiten. Sie hat sich in dieser Zeit zu einer Institution entwickelt, die dem vom Gesetzgeber beabsichtigten Zweck der umfassenden Beratung, Unterstützung und Hilfestellung behinderter Bürgerinnen und Bürger in allen einschlägigen Fragestellungen, in Beschwerdefällen und bei der Vertretung kollektiver Interessen von Menschen mit Behinderungen entsprechend, regelmäßig und nachhaltig von einer hohen Zahl an Klienten und Klientinnen in Anspruch genommen wird.

Dieses grundsätzlich sehr erfreuliche Ergebnis, das auch die Richtigkeit der seinerzeitigen Entscheidung der Landespolitik, eine weisungsfreie Servicestelle für behinderte Menschen und deren Familien einzurichten unterstreicht, ist aber aufgrund der restriktiven Personalzuteilung durch das Amt der Landesregierung in seinem Weiterbestand massiv gefährdet. Nur durch das beim gesamten Team nun schon über viele Jahre anhaltende besondere Ausmaß an Engagement und die Bereitschaft, sowohl zeitlich als auch inhaltlich äußerst flexibel auf die Bedürfnisse der ratsuchenden Bevölkerung einzugehen, ist es überhaupt noch möglich, eine einigermaßen vertretbare Beratungsqualität aufrecht zu erhalten. Neuerlich muss daher mein besonderer Dank meinen Mitarbeiterinnen gelten, die unverändert dazu bereit sind, auch unter diesen Bedingungen, das hohe Maß an Herausforderungen, das unsere Arbeit mit sich bringt, zu bewältigen.

Eine bedeutende strukturelle Veränderung ist im April 2014 damit eingetreten, dass der Anwaltschaft nunmehr auch die Evaluationen von Einrichtungen der Behindertenhilfe durch Expert/innen in eigener Sache zugeordnet wurde und so für diese, außerhalb des gesetzlichen Zuständigkeitsbereiches gelegene, völlig neue Aufgabenstellung sechs neue, ebenfalls besonders engagierte Kolleg/innen hinzugekommen sind.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht über die Jahre 2013 und 2014 betrifft einen Zeitraum, in welchem sich für Menschen mit Behinderungen in der Steiermark wiederum Neuerungen ergeben haben, deren Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar sind, die jedenfalls aber neuerlich zu spürbarer Verunsicherung geführt haben.

Nach den Jahren im Zeichen des Sparpakets wurde nun die Frage der Zuständigkeit von Bund und Land im Bereich der Beschäftigungsangebote thematisiert und neu geregelt. Diese immer wieder stattfindenden Änderungen und die damit verbundene Unsicherheit der

davon betroffenen Personen und deren Umfeld spiegeln sich auch in der täglichen Arbeit der Anwaltschaft wider.

Die Überzeugung, mit unserer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung behinderter Menschen leisten zu können, wird trotz aller Widerstände und struktureller Hindernisse weiterhin Grundlage und Leitschnur bei der Wahrnehmung der übertragenen Aufgabenstellungen für mein Team und mich bleiben.



Mag. Siegfried Suppan

Graz, im Oktober 2015

Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung
Joanneumring 20A
8010 Graz
Tel. 0316/877-2745
Fax 0316/877-5505
E-Mail: amb@stmk.gv.at
www.behindertenanwalt.steiermark.at

I. BERICHTSTEIL

1. Gesetzliche Grundlage

Steiermärkisches Behindertengesetz

...

§ 50 - Einrichtung und Zweck der Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung

Zur Wahrung und Sicherung der Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderung wird beim Amt der Landesregierung eine Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung eingerichtet.

§ 51 - Aufgaben und Rechte der Anwaltschaft

(1) Die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung hat im Sinn der Zielsetzung des § 50 folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- a) Beratung und Erteilung von Auskünften, soweit nicht eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht entgegensteht,*
- b) Behandlung von Beschwerden und*
- c) Prüfung von Anregungen und Abgabe von Empfehlungen.*

(2) Wird die Anwaltschaft mit Angelegenheiten befasst, die in den Vollziehungsbereich des Landes fallen, sind alle zuständigen Organe und Dienststellen des Landes, die Sozialhilfeverbände, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die der Aufsicht des Landes unterliegenden Rechtsträger von Einrichtungen der Behindertenhilfe gemäß § 43 Abs. 2, Diensten der Behindertenhilfe gemäß § 43 Abs. 3 sowie sonstigen Leistungserbringern gemäß § 43 Abs. 4 verpflichtet, die Anwaltschaft in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und auf Verlangen Berichte oder Stellungnahmen zu übermitteln, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Akteneinsicht zu gewähren.

(3) In Erfüllung der in Abs. 1 umschriebenen Aufgaben hat die Anwaltschaft das Recht, die der Aufsicht des Landes unterliegenden teilstationären und vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe aufzusuchen.

§ 52 - Leitung der Anwaltschaft

(1) Zur Leitung der Anwaltschaft ist von der Landesregierung auf Vorschlag des zuständigen Mitgliedes ein Anwalt für Menschen mit Behinderung zu bestellen.

(2) Die Stelle des Anwalts für Menschen mit Behinderung ist öffentlich auszuschreiben. Im Fall einer Wiederbestellung kann die Landesregierung von der öffentlichen Ausschreibung unter Bedachtnahme auf das Vorliegen der Bestellungs voraussetzungen Abstand nehmen.

(3) Voraussetzungen für die Bestellung des Anwalts sind Erfahrungen auf dem Gebiet der Behindertenhilfe sowie Kenntnis der einschlägigen Rechtsvorschriften.

(4) Der Anwalt wird auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Wiederbestellungen sind zulässig.

(5) Die Landesregierung hat das Recht, den Anwalt aus wichtigem Grund mit Bescheid abuberufen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn

- 1. die Voraussetzungen für die Bestellung nachträglich weggefallen sind oder ihr Fehlen nachträglich bekannt wird oder*
- 2. der Anwalt gröblich oder wiederholt gegen seine Pflichten verstößt oder ein mit seiner Stellung unvereinbares Verhalten gezeigt hat oder*
- 3. der Anwalt seine Funktion aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben kann oder*
- 4. gegen den Anwalt rechtskräftig eine Disziplinarstrafe oder er aufgrund einer in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte fallenden strafbaren Handlung verurteilt wurde.*

(6) Die Rechtsbeziehungen des Anwalts und der übrigen Bediensteten der Anwaltschaft zum Land sind nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften zu regeln. Der Anwalt muss bei der Auswahl seiner Mitarbeiter gehört werden.

(7) Der Anwalt ist in Ausübung seines Amtes an keine Weisungen gebunden. Er unterliegt im Rahmen seiner Tätigkeit der Aufsicht der Landesregierung. Diese hat das Recht, sich über alle Gegenstände der Geschäftsführung zu unterrichten. Der Anwalt ist verpflichtet, die von der Landesregierung verlangten Auskünfte unter Wahrung des Grundrechts auf Datenschutz zu erteilen.

(8) Zur Besorgung ihrer Geschäfte kann sich die Anwaltschaft des Amtes der Landesregierung als Hilfsapparat bedienen.

(9) Der Anwalt hat dem Landtag alle zwei Jahre einen Bericht über die Tätigkeit der Anwaltschaft zu erstatten.

...

2. Räumliche, personelle und organisatorische Situation

Wie bereits einleitend festgestellt, kann die Anwaltschaft zwar ihre inhaltliche Tätigkeit ohne Einfluss von außen gestalten, ist aber ansonsten völlig von der Ressourcenverteilung durch das Amt der Steiermärkischen Landesregierung abhängig.

Der Bedarf an Räumlichkeiten wurde von der zuständigen Abteilung 2 durch die Übersiedlung an den neuen Standort am Joanneumring 20A, 8010 Graz, nunmehr in



vorbildlicher Weise erfüllt. Sowohl das Ausmaß der zur Verfügung stehenden Flächen als auch deren Ausgestaltung entsprechen allen Anforderungen an eine Servicestelle für Menschen mit Behinderung und schaffen beste Rahmenbedingungen, solange das auch von den meisten weiteren Anwaltschaften und Ombudsstellen angestrebte „Haus der Anwaltschaften“ als Idealform eines niederschweligen umfassenden Bürgerservices nicht verwirklicht werden kann.

Ganz anders verhält es sich nach wie vor bei den personellen Ressourcen, welche von der Personalabteilung zur Verfügung gestellt werden. **Der schon in den vorangegangenen Tätigkeitsberichten dargestellte Mangel an Fachpersonal wurde nicht nur nicht beseitigt, sondern ist noch größer geworden.** Sämtliche diesbezügliche Interventionen, auch bei den verantwortlichen politischen Referenten blieben ergebnislos und zum Ende des Berichtszeitraumes auch gänzlich unbeantwortet.

Es wird offenbar als ausreichend angesehen, dass dem Anwalt für Menschen mit Behinderung zur Erfüllung der umfangreichen Aufgaben an Fachpersonal lediglich eine zu 50% beschäftigte diplomierte Sozialarbeiterin und eine zu 75% beschäftigte Juristin zur Verfügung stehen.

Dass unter diesen Voraussetzungen, bei einem unverändert hohen Maß an Inanspruchnahme und einer Zielgruppe von deutlich mehr als 100.000 Bürger/innen, deren Familien und allen weiteren mit einzelnen oder kollektiven einschlägigen Problemstellungen konfrontierten oder davon betroffenen Personen, dauerhaft nur die dringendsten und notwendigsten Tätigkeiten ausgeführt werden können, ist wohl unbestreitbar und beschneidet die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung in der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen in höchstem Maße.

Das Team der Anwaltschaft (2013-2014)

- geordnet nach Dauer der Zugehörigkeit –



Mag.^a Ulrike
Roth-
Strohriegel

Referentin
seit 10/14
0,75 DP

Mag.^a
Antonia
Reithmayer

(Referentin
bis 09/14
1 DP)

Daniela
Srb

Assistentin
1 DP

Karin
Zink

Assistentin
0,5 DP

DSA Helga
Möstl-Wirth

Referentin
0,5 DP

Elisabeth
Kappel

Sachbearbei-
terin
0,75 DP

Mag.
Siegfried
Suppan

Leiter
1 DP

Eine in diesem Zusammenhang neuerlich aufzustellende Forderung ist jene nach einer organisatorischen Zuordnung der Anwaltschaft zum Landtag.

Als unabhängiges Organ der Interessensvertretung, Beratung und Beschwerdeprüfung ist die Einbindung in die Verwaltung ein regelmäßig vertrauensschädliches Faktum im Kontakt mit den Bürger/innen, dem mit einer Zuordnung zur Gesetzgebung effektiv begegnet werden könnte. Auch dieses Bestreben teilt die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung mit den anderen gleichartig strukturierten Einrichtungen des Landes.

3. nueva® - Evaluationen

Das Land Steiermark hatte die Evaluation von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe durch dafür ausgebildete Menschen mit Lernschwierigkeiten bereits über mehrere Jahre im Rahmen eines Projektes über einen privaten Träger beauftragt.

Da sich so ein System kontinuierlicher Qualitätssicherung und -entwicklung etablieren konnte, entschloss man sich dazu, die damit beschäftigten Evaluator/innen in den Landesdienst zu übernehmen und so einerseits sechs behinderten Personen einen abgesicherten Arbeitsplatz zu bieten und andererseits Peer-to-Peer-Befragungen als Regelinstrument des Qualitätsmanagements von stationären, teilstationären, mobilen und ambulanten Angeboten für Menschen mit Behinderungen zu installieren.

Um auch die dafür notwendige Unabhängigkeit zu gewährleisten, erschien die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung als die dafür geeignetste Stelle im Bereich des Amtes der Landesregierung. Seit April 2014 ist daher das nueva®-Team Teil der Anwaltschaft.

Die Tätigkeit der Evaluator/innen läuft in bewährter Weise unverändert weiter. So wurden bis Jahresende 2014 bereits 9 regionale Workshops sowie 5 Qualitätszirkel in Graz mit insgesamt 126 Teilnehmer/innen aus dem Kreis der Kund/innen, Betreuungspersonal, Trägervertreter/innen und Fachkräften des Landes durchgeführt, um die Befragungsinstrumente auf aktuelle Rahmenbedingungen zu adaptieren. Die Ergebnisse dieser Tagungen wurden in einer Neugestaltung der umfangreichen Fragebögen umgesetzt und finden in den laufenden Interviews mit Bewohner/innen von voll- und teilzeitbetreuten Einrichtungen ihren Niederschlag.

Das Team der Evaluator/innen



Katrin
Poleßnigg

Klaus
Tomaschek

Ronald
Loitfellner

Sabine
Schweng

Walter
Reisinger

Waltraud
Agyby

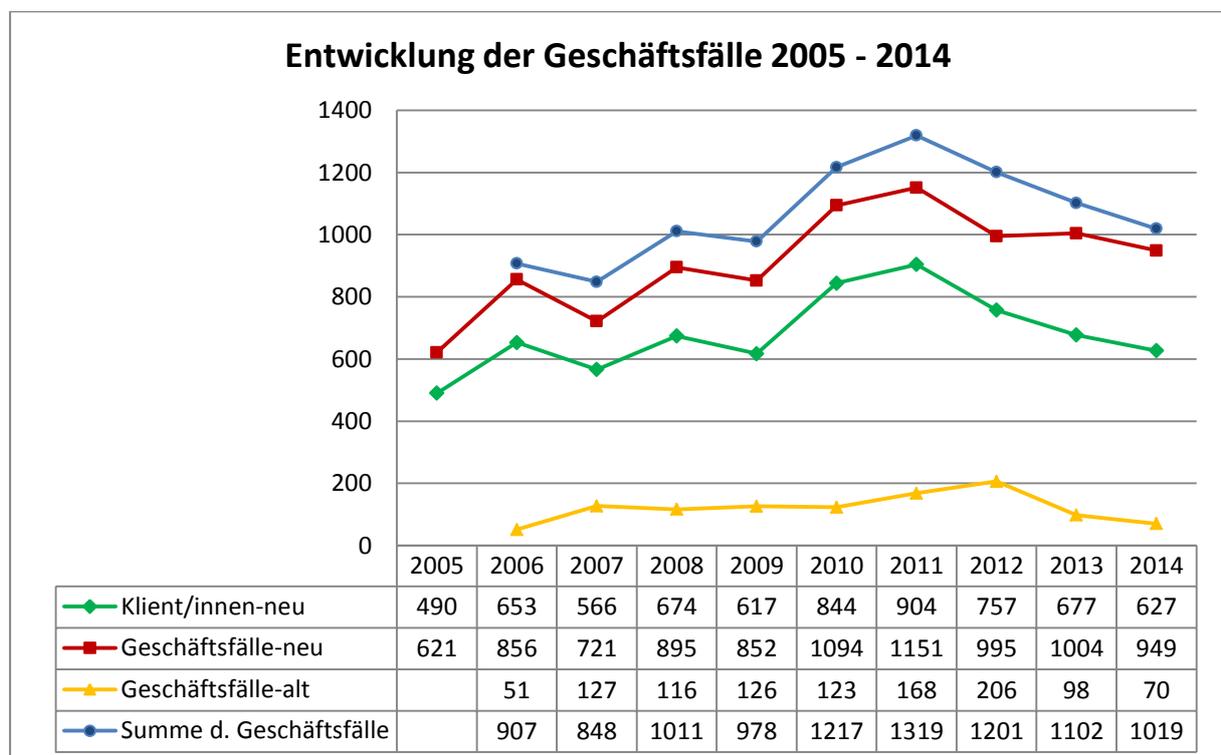
4. Statistische Daten

4.1. Geschäftsfälle

Bei den täglich zu bearbeitenden Anliegen, die einzelne Personen betreffen ist ein weiterer leichter Rückgang auf ein nach wie vor sehr hohes Niveau festzustellen. Vor allem die fehlende Präsenz in den Regionen der Steiermark und ressourcenbedingte zum Teil zu lange Wartezeiten sind als Hauptgründe für die Verringerung der Fallzahlen zu nennen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Komplexität in der Bearbeitung der an die Anwaltschaft herangetragenen Problemstellungen stetig zunimmt. Darüber hinaus gilt für uns die Maxime einer unvoreingenommenen, ganzheitlichen, multiprofessionellen Herangehensweise, womit unter anderem oft negative Kompetenzkonflikte zwischen Behörden und/oder Institutionen, ausgeglichen und der vorhandene „Zuständigkeitsdschungel“ gelichtet bzw. die angestrebten Ergebnisse erreicht werden können.

Dass die Vertretung kollektiver Interessen unter diesen Voraussetzungen stark in den Hintergrund treten muss, ist eine weitere bedauerliche Folgewirkung der beschriebenen Ressourcenproblematik.



In insgesamt rund 9.000 Kontakten mit unmittelbar betroffenen behinderten Personen, deren Angehörigen, Sachwalter/innen, Bediensteten von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe, Behördenvertreter/innen etc. wurden im Berichtszeitraum mehr als 2.100

unterschiedlichste Anliegen, Fragestellungen und Beschwerden bearbeitet, die alle Lebensbereiche und Altersgruppen betrafen.

4.2. Tätigkeitsfelder

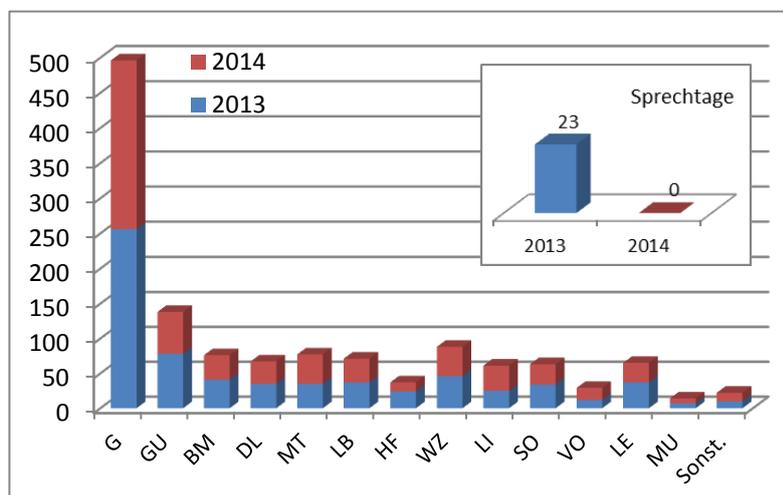
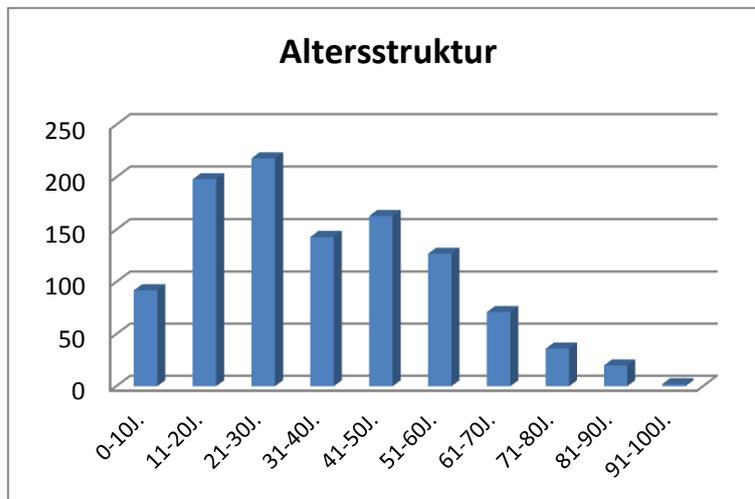
Themenstellungen	2013	2014	gesamt
Stmk. Behindertengesetz	308	275	583
Bundesbehindertengesetz	81	81	162
Finanzielle Angelegenheiten	68	78	146
ASVG/Pension	71	63	134
Pflegegeld	58	62	120
Beschwerden über Personen und Institutionen	53	65	118
Familienbeihilfe	40	36	76
Sachwalterschaft/Angehörigenvertretung	43	29	72
zivilrechtliche Angelegenheiten	26	41	67
Kindergarten und Schule	36	20	56
Arbeit(suche)	28	28	56
Institutionen- und Wohnungssuche	14	34	48
Barrierefreiheit	21	22	43
Mobilität	21	12	33
Behindertenparkplätze	18	9	27
Sonstiges	118	94	212
Summe der Geschäftsfälle – neu:	1004	949	1953

Während sich der Anteil der Geschäftsfälle im Bereich des Steiermärkischen Behindertengesetzes (StBHG) beständig auf rund ein Drittel beläuft, sind vor allem die Anliegen im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit bzw. der Suche nach einem Arbeitsplatz, sowie Problemstellungen im Bildungsbereich und dessen Eingangsphase im Vergleich zu früheren Berichtsperioden und anderen Themenstellungen anhaltend in deutlichem Steigen begriffen. Die wahrscheinlichen Hauptursachen dafür werden in den weiter unten dargestellten Kapiteln „Schule“ und „Arbeitswelt“ dargestellt.

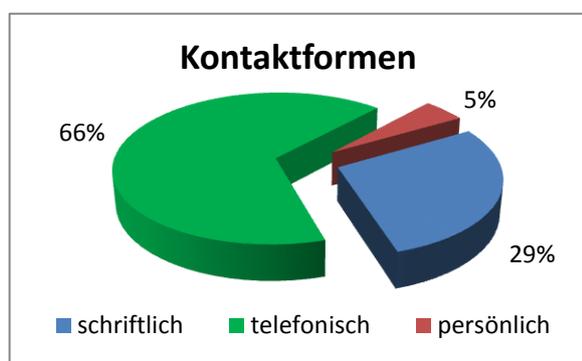
Die übrigen Anfragen und daraus resultierenden Unterstützungs- und Interventionshandlungen verteilen sich weiterhin auf alle Lebensbereiche und verschiedenste damit verbundene Problemstellungen, Beschwerden und Konflikte.

4.3. Klient/innenstruktur

Dass die Expertise der Anwaltschaft zu allen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Thema Behinderung genutzt wird, lässt sich auch daran erkennen, dass sich die Geschäftsfälle nach wie vor in guter Verteilung auf die Anliegen von Menschen mit Behinderungen aller Altersschichten beziehen.



Die Notwendigkeit, nach 2013 die Sprechstage an den Bezirksverwaltungsbehörden einzustellen und die daraus resultierende fehlende Möglichkeit, außerhalb der Landeshauptstadt auch nur annähernd ausreichend präsent zu sein, um der ratsuchenden Bevölkerung vor Ort die Möglichkeit für eine persönliche Kontaktaufnahme bieten zu können, hat zur Folge, dass mittlerweile bereits rund die Hälfte der Klient/innen der Anwaltschaft aus Graz und –Umgebung stammt.



Eine weitere Folge ist aus dem neuerlichen Rückgang des Anteils der insgesamt durchgeführten persönlichen Gespräche auf mittlerweile etwas weniger als 5% ersichtlich. Hier geht ein wesentliches Element der vertraulichen und umfassenden Beratung und Unterstützung zum Nachteil der Klient/innen sukzessive verloren.

Hinsichtlich des Hintergrundes zu erwähnen ist auch die Tatsache, dass die Zahl der Klient/innen mit psychischer Beeinträchtigung dauerhaft deutlich mehr als 10% beträgt, was eine nachhaltige Präsenz und Inanspruchnahme des Angebotes der Anwaltschaft durch

einen besonders stigmatisierten Teil der Zielgruppe und damit einen erfreulichen Erfolg im Bemühen um einen möglichst niederschweligen Zugang zu unserem Serviceangebot darstellt.

Darüber hinaus sind selbstverständlich alle weiteren Formen von Beeinträchtigungen bei den Klient/innen gegeben, da für die unterstützende Tätigkeit der Anwaltschaft keinerlei Nachweise, Diagnosen, Ausweise etc. erforderlich sind. So sind Menschen mit Lernschwierigkeiten ebenso zahlreich vertreten, wie bewegungs- und/oder sinnesbeeinträchtigte Personen Nutzer/innen unseres Serviceangebotes sind.

5. Veranstaltungen

In Kooperation mit dem „Verein Achterbahn – Plattform für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung“ findet mittlerweile regelmäßig jährlich eine öffentliche Veranstaltung der Anwaltschaft statt. Dies geschieht auch auf Basis einer ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen Selbstvertretung und gesetzlicher Interessenvertretung, die sich auch in anderen Bereichen der Arbeit für und mit psychisch beeinträchtigten Personen niederschlägt.

Der Verein Achterbahn und die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung laden ein zum

TRIALOG

Psychiatrieerfahrene Menschen,
Angehörige und ProfessionistInnen im Austausch
mit
Will Hall, M.A.
10. und 11. September 2013
in Graz

Vortrag:
Dienstag, 10.09.2013
17.00 bis 20.00 Uhr
Karmeliterplatz 3, 8010 Graz
1. Stock - Wartungersaal

Workshop:
Mittwoch, 11.09.2013
09.00 bis 17.00 Uhr
Karmeliterplatz 3, 8010 Graz
1. Stock - Wartungersaal

Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung

Verein Achterbahn
Plattform für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung

So konnte 2013 der amerikanische Psychotherapeut und internationale Vorreiter der Selbstvertretungsbewegung psychiatrieerfahrener Personen Will Hall für eine zweitägige Veranstaltung unter dem Titel „Trialog - Psychiatrieerfahrene Menschen, Angehörige und Professionist/innen im Austausch“ gewonnen werden. In einem mehrstündigen Vortrag berichtete der Experte in eigener Sache über seinen eigenen so genannten Recovery-Prozess

und weltweit zur Anwendung kommende, erfolgreiche Ansätze von Angeboten für psychisch beeinträchtigte Menschen. Ein ganztägiger Workshop zum Thema „Von Verzweiflung zu Hoffnung und Empowerment“ bot den Teilnehmer/innen dann die Möglichkeit mit Will Hall in direkten Austausch über seine eigenen Erfahrungen und Fachkenntnisse zu treten.

Mehr als hundert interessierte und betroffene Personen nutzten diese seltene Gelegenheit, eine anerkannte Koryphäe unmittelbar zu erleben und von und mit einem mehrfach qualifizierten Fachmann zu lernen.

2014 wurde die „living books®“-Veranstaltung unter dem Titel „Über Behinderung – Lebende Bücher erzählen“ durchgeführt. Dabei standen 18 Menschen mit Behinderungen und psychischen Beeinträchtigungen, sowie Expert/innen aus den unterschiedlichsten einschlägigen Fachbereichen und Nahebeziehungen zum Thema Behinderung als Gesprächspartner zur Verfügung. Auch hier machten etwas mehr als 100 Teilnehmer/innen von diesem Angebot in teils sehr intensiven Gesprächen mit den „lebenden Büchern“ in lockerer und gleichzeitig vertraulicher Atmosphäre Gebrauch.



6. Öffentlichkeitsarbeit

Der monatliche Online-Newsletter der Anwaltschaft von Gernot Bisail hat sich mittlerweile zu einer bestens etablierten und geschätzten Informationsplattform entwickelt, die eine bedeutende Anzahl interessierter Personen aber auch Behörden, Trägerinstitutionen, Interessenvertretungen etc. erreicht.

Als Neuerung wurde dieses Angebot nun dadurch erweitert, dass es vierteljährlich zusätzlich auch eine von Elisabeth Kappel gestaltete Zusammenfassung der wichtigsten Neuigkeiten in leicht verständlicher Sprache gibt.

7. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurden Stellungnahmen zu Änderungen in folgenden Gesetzesmaterien abgegeben:

- Steiermärkisches Behindertengesetz
- Leistungs- und Entgeltverordnung zum Steiermärkischen Behindertengesetz
- Steiermärkisches Pflichtschulerhaltungsgesetz
- Landes-Gleichbehandlungsgesetz
- Steiermärkische Personalcontrollingverordnung
- Bundes-Behindertengesetz
- Bundespflegegeldgesetz

8. Netzwerkarbeit

Auf regionaler Ebene existiert eine mittlerweile langjährige fachliche Zusammenarbeit mit zahlreichen Systempartner/innen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind hier, alphabetisch geordnet, vor allem folgende Institutionen zu nennen:

Abteilung 6, Abteilung 11, Abteilung 15 - Fachstelle für Barrierefreies Bauen, Bezirksverwaltungsbehörden – Referate der Behindertenhilfe, Fachhochschule Joanneum, Gebietskrankenkasse, Gleichbehandlungsbeauftragte, Kinder- und Jugendanwaltschaft, Landesamtsdirektion – Referat Kommunikation, Magistrat Graz - Referat für Barrierefreies Bauen, Patient/innen- und Pflegeombudschaft, Pensionsversicherungsanstalt, Sonderpädagogische Zentren, Sozialministeriumservice, Universität Graz - Zentrum Integriert Studieren, Verein „Achterbahn“, Verein „Bizeps“, Verein „care4you“, Verein „Initiativ“, VertretungsNetz.

Auf nationaler Ebene sind der Anwalt für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderung, die Volksanwaltschaft und das Bundesministerium für Bildung und Frauen zu nennen.

Darüber hinaus besteht nach wie vor die österreichische Länderkonferenz der Ombudsstellen für Menschen mit Behinderungen (LOMB) unter dem Vorsitz des Steiermärkischen Anwalts für Menschen mit Behinderung. Die Tätigkeit dieses Gremiums muss sich aus Ressourcenknappheit aller beteiligten Organisationen aber mittlerweile größtenteils auf eine informelle überregionale Zusammenarbeit und Unterstützung in Einzelfällen beschränken.

II. FACHTEIL UND EMPFEHLUNGEN

1. Schule

Weiterhin ungelöst ist die Problematik, dass für die Assistenz von behinderten Schüler/innen sowohl das Sozial- als auch das Bildungsressort bzw. auch das Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) und/oder der Schulerhalter verantwortlich sind bzw. sein können.

Neu hinzugekommen ist hier auch noch, dass es strittig ist, ob und inwiefern die Behindertenhilfe auch für die Finanzierung von Betreuungspersonal in den Zentren für Inklusionspädagogik (den ehemaligen Sonderpädagogischen Zentren) aufzukommen hat.

Immer wieder ist die Anwaltschaft in diesem Bereich mit Beschwerden darüber konfrontiert, dass sich die infrage kommenden Stellen die Verantwortung gegenseitig zuschieben und auch objektiv festgestellte Bedarfe nicht abgedeckt werden bzw. erst nach langwierigen Verfahren, letztlich auch vor dem Landesverwaltungsgericht, die notwendige Finanzierung erstritten werden muss. Dies hat mitunter auch zur Folge, dass die Teilhabe am Unterricht für einen erheblichen Zeitraum nur in äußerst eingeschränktem Maße oder gar nicht möglich ist.

- **Um die nachteiligen Folgen einer geteilten Zuständigkeit für bedarfsgerechte und bedarfsdeckende Assistenzleistungen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen beim Schulbesuch zu beseitigen, wird neuerlich dringend dazu geraten, die diesbezügliche Entscheidungs- und Finanzierungskompetenz ausschließlich beim Bildungsressort anzusiedeln.**

2. Arbeitswelt

Im Bereich der Herstellung einer Teilnahme am Arbeitsleben hat sich durch zwei grundlegende gesetzliche Änderungen eine zusätzliche allgemein schwierige Situation herausgebildet.

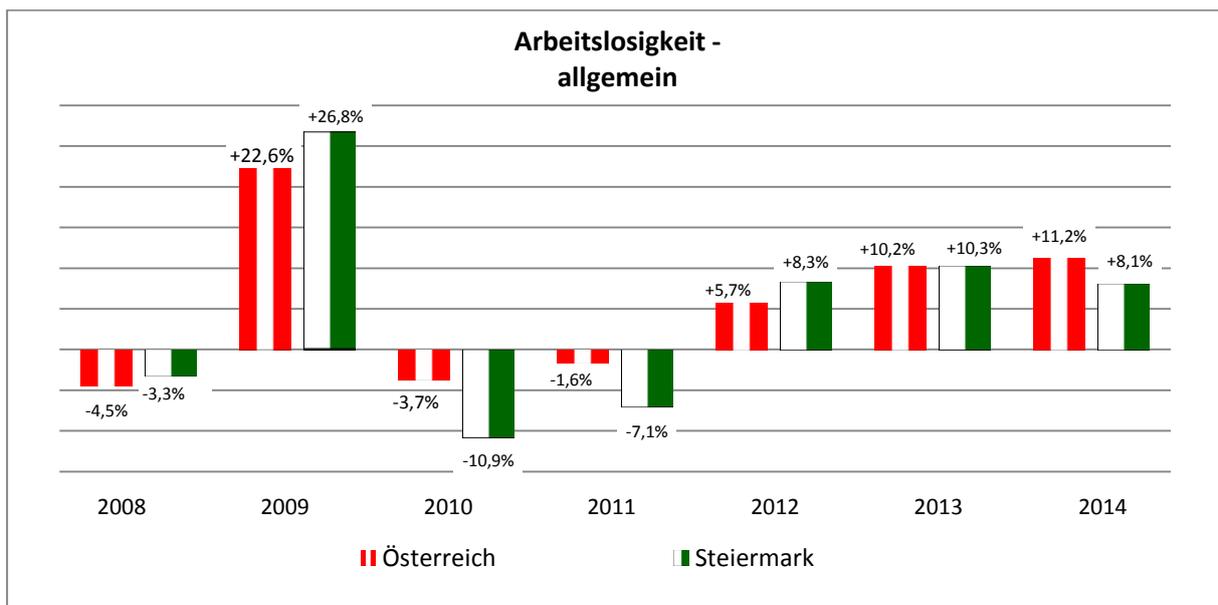
Einerseits hat sich das Land völlig aus dem Bereich der Leistungen für Personen, die nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) als „arbeitsfähig“ gelten, zurückgezogen und gewährt u.a. keine Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen mehr und andererseits wurde auch die befristete Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension für ab dem 01.01.1964 geborene Personen abgeschafft.

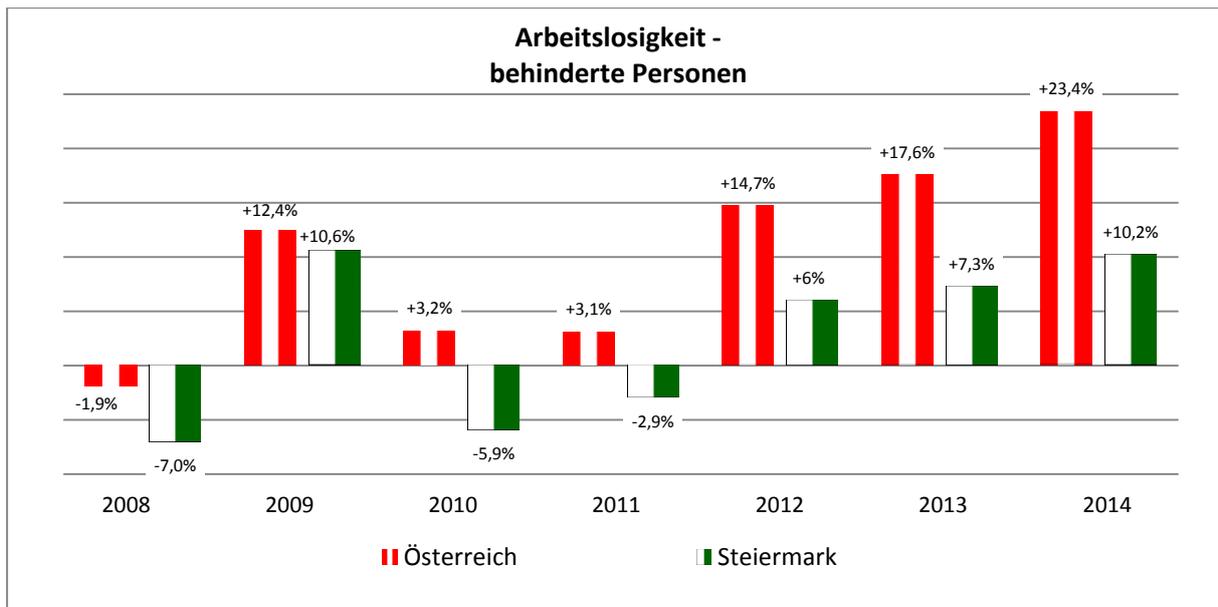
Vor allem jüngere psychisch beeinträchtigte Personen, die über Jahre immer wieder zeitlich begrenzte Pensionsbescheide und -zahlungen erhielten, beziehen nun vielfach entweder das zum Teil wesentlich geringere Rehabilitationsgeld oder müssen im Falle der Feststellung der fehlenden Arbeitsfähigkeit auf eine Tagesstruktur der Behindertenhilfe und den Bezug des damit verbundenen Lebensunterhaltes zurückgreifen. Dies hat zum Teil erhebliche negative finanzielle Auswirkungen.

Hinzu kommt die allgemein sehr kritische Lage für behinderte Menschen am Arbeitsmarkt. So hat sich auch die Quote jener Betriebe in der Steiermark, die ihrer Verpflichtung nach dem Behinderten-Einstellungsgesetz (BEinstG), ab 25 Mitarbeiter/innen mindestens eine „begünstigt behinderte“ Person einzustellen, nicht verändert.

Drei Viertel aller einstellungspflichtigen Unternehmen bezahlen also nach wie vor die – aus Sicht der Anwaltschaft wesentlich zu geringe – Ausgleichstaxe von derzeit zwischen EUR 248,- und EUR 370,-, während weiterhin nur 25% ihrer Beschäftigungspflicht nach dem BEinstG nachkommen.

Verbunden mit der insgesamt sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage hat sich somit naturgemäß auch die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderungen deutlich erhöht. Die Steigerung ist darüber hinaus auch noch wesentlich stärker ausgefallen als der durchschnittliche Zuwachs an arbeitssuchenden Menschen. Auch wenn die Ausprägung in der Steiermark im nationalen Vergleich geringer ausfällt, sind dennoch dringend Initiativen erforderlich, um diesem nun schon geraume Zeit andauernden Trend entgegen zu steuern.





Weiterhin unverändert blieb auch die grundsätzliche Diskriminierung von behinderten Menschen, die in Einrichtungen der Träger der Behindertenhilfe beschäftigt sind. Obwohl sie nunmehr zunehmend auch in Betrieben des so genannten ersten Arbeitsmarktes und hier zum Teil auf sehr hohem Anspruchsniveau tätig sind, wird ihnen die Zahlung eines Gehaltes mit den daran geknüpften – vor allem sozialversicherungsrechtlichen - Leistungen vorenthalten und ihre Tätigkeit weiterhin nur mit dem Rechtsanspruch auf ein Taschengeld in Höhe von aktuell EUR 91,95 im Monat zuzüglich fallweise zur Auszahlung kommender freiwilliger Prämien abgegolten.

Auch die mit der LEVO-StBHG 2015 im neu geschaffenen Leistungsbereich „Teilhabe an der Beschäftigung in der Arbeitswelt“ angestrebte und inhaltlich auch vorgegebene schrittweise Heranführung an eine Tätigkeit außerhalb der Trägerinstitutionen macht wenig Hoffnung auf eine nachhaltige Verbesserung. Zum einen sind die darin als wesentlicher Bestandteil für das Gelingen der Teilhabe erforderlichen Partnerbetriebe nur sehr eingeschränkt vorhanden bzw. schwer dafür zu gewinnen, behinderten Personen letztlich tatsächlich einen Arbeitsplatz anzubieten (siehe oben) und andererseits wird auch in den Betrieben der Sozialwirtschaft äußerst selten auch nur von der nun nicht mehr auf den Lebensunterhalt anzurechnenden Möglichkeit einer Entlohnung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung Gebrauch gemacht.

Zusammenfassend ist auch festzustellen, dass die Kooperation zwischen den verschiedenen Entscheidungs- und Verantwortungsträger/innen nicht ausreichend stattfindet, um eine wirksame Vorgehensweise zur Beseitigung oder zumindest Abschwächung dieser sich zusehends verfestigenden negativen Tendenz im Bereich der Teilnahme an der Arbeitswelt für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln.

Das manifestiert sich letztlich auch darin, dass bei der Anwaltschaft zahlreiche Beschwerden darüber geführt werden, dass Personen oft über Monate von einer Stelle zur nächsten verwiesen werden, zum Teil auch nur um feststellen zu können, welcher der infrage kommenden Kostenträger für eine Leistungszuerkennung zuständig wäre. Es scheint auch keine klaren Vereinbarungen darüber zu geben, in welcher Form Übergänge von einem System ins andere (arbeitsfähig <-> nicht arbeitsfähig) gestaltet werden sollen, die das Gelingen eines angestrebten Wechsels gewährleisten könnten.

- **Im Bereich der Herstellung und Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen ist daher – solange es eine gesetzliche Unterscheidung zwischen so genannten arbeitsfähigen und nicht arbeitsfähigen Personen gibt - eine intensive Zusammenarbeit und gemeinsame Strategie aller damit befassten Behörden und Institutionen (Land Steiermark, AMS, Sozialministeriumservice, Pensionsversicherung, AUVA, Sozialwirtschaft, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer) ebenso dringend zu empfehlen, wie die Etablierung einer Servicestelle, die als „one-stop-shop“ dazu dient, die derzeit gegebene Notwendigkeit mehrerer Antragstellungen, Begutachtungen und Entscheidungsprozesse zu beseitigen und damit bürger/innenfreundliche, rasche, effiziente und kostensparende Verfahren zu gewährleisten.**
- **Darüber hinaus ist das System der Taschengeldzahlung an Beschäftigte in Einrichtungen und Betrieben der Behindertenhilfe durch die sozialversicherungsrechtliche Anerkennung dieser Tätigkeit und Erfüllung aller damit verbundenen Ansprüche zu ersetzen.**
- **Ebenfalls zu wiederholen ist die – an den Bund zu richtende - Forderung nach Erhöhung der Ausgleichstaxe für die Nichteinhaltung der Beschäftigungspflicht nach dem BEinstG auf den Betrag des jeweiligen kollektivvertraglichen Mindestgehaltes.**

3. Mobile Dienste

Die detaillierten Leistungsbeschreibungen der LEVO-StBHG erweisen sich im Bereich der mobilen Dienstleistungen Freizeit- und Wohnassistenz sowie Familienentlastungsdienst in der Praxis oft als zu einschränkend, um die tatsächlichen individuellen Bedarfslagen abzudecken. Die vorgesehenen Altersgrenzen, inhaltliche Begrenzungen, Bestimmungen über den räumlichen Radius der Leistungserbringung erweisen sich oft als nicht nachvollziehbare Schranken in der Erreichung der mit der Leistungsgewährung eigentlich verfolgten Ziele. Es wurde bereits vor einigen Jahren angeregt, die mobilen Dienstleistungen

in erster Linie daran auszurichten, dass den unterschiedlichen Lebenssituationen der Antragsteller/innen und deren Familien Rechnung getragen wird und das Ausmaß und die Ausgestaltung sich in erster Linie daran orientieren sollte.

- **Es wird daher erneut vorgeschlagen, die Differenzierung der einzelnen mobilen Leistungsarten der LEVO-StBHG aufzugeben und durch die Gewährung individuell bedarfsdeckender Stundenkontingente zu ersetzen.**

4. Intensiv betreute Wohn- und Beschäftigungsangebote

Eine deutliche Zunahme der unterstützenden und begleitenden Fallbearbeitung der Anwaltschaft ist bei der Einrichtungssuche für, meist junge, Menschen mit besonders herausfordernden Verhaltensweisen festzustellen.

Für diese Personen sind die in der LEVO-StBHG vorgesehenen Angebote nicht ausreichend, um die hohen personellen und strukturellen Anforderungen zur Bedarfsdeckung zu erfüllen und es gibt auch bundesweit keine adäquaten Institutionen. Es existiert zwar bereits eine Einrichtung dieser Art in Graz, die aber nur für insgesamt 7 Menschen mit Behinderung zur Verfügung steht.

- **Es wird empfohlen, neben dem bereits bestehenden intensiv betreuten Wohn- und Beschäftigungsangebot „Neuland“ in Graz, weitere Einrichtungen dieser Form nach regionalem Bedarf steiermarkweit zu etablieren.**

5. Wohnangebote für psychisch beeinträchtigte Personen

Laut Psychiatriebericht aus 2012 wurde in der Steiermark der Bedarf an betreuten Wohnplätzen für Menschen mit psychiatrischen Einschränkungen auf Basis der Empfehlungen des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen (ÖBIG) nur zu 26% erfüllt.

Auch wenn in der Zwischenzeit vereinzelt neue Einrichtungen eröffnet wurden, ist noch eine erhebliche Versorgungslücke als gegeben anzusehen. Um zu verhindern, dass weiterhin sehr viele betroffene Personen bereits in jungen Jahren in psychiatrischen Pflegeheimen wohnen müssen, ist die rasche Erweiterung des diesbezüglichen Angebotes dringend erforderlich.

- **Es wird daher empfohlen, die mit der Enthospitalisierung des Landespflegeheimes Schwanberg eingeleitete Strategie durch die Herstellung gemeindenaher, kleinstrukturierter und inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung nachhaltig fortzusetzen.**

6. Feststellung des individuellen Hilfebedarfes (IHB)

Das Steiermärkische Behindertengesetz (StBHG) sieht bei zahlreichen Leistungen die verbindliche Begutachtung durch ein Sachverständigenteam vor. Damit wird bisher ausschließlich der externe „Verein IHB“ betraut, der Empfehlungen über den individuellen Hilfebedarf im Zusammenhang mit der beantragten Leistung abgeben soll.

Praktisch hat sich aber auch eine Entwicklung ergeben, dass sich die Begutachter/innen in vielen Fällen auch die Entscheidungsgewalt und Kontrollbefugnisse anzueignen versuchen. Insbesondere bei den Antragstellungen auf das Persönliche Budget als unmittelbare Geldleistung an behinderte Personen wurden mehrere Beschwerdefälle an die Anwaltschaft herangetragen in denen Sachverständige, statt den Stundenbedarf festzustellen, unzulässiger Weise Verwendungsnachweise forderten und Beurteilungen über der Behörde vorbehaltene rechtliche Fragestellungen abgaben.

Darüber hinaus ist trotz vielfacher Erhöhung der personellen Ausstattung des Vereins für einen Begutachtungstermin mittlerweile in vielen Fällen (wieder) eine Wartezeit von mehreren Monaten gegeben. Dazu ist festzuhalten, dass auch die Bezirksverwaltungsbehörden über keine Instrumente zur Beschleunigung dieses Verfahrensteiles verfügen und mit Beschwerden konfrontiert sind, für deren Ursache sie keine Verantwortung tragen.

Es ist auch eine langjährige Forderung der Selbstvertretungsinitiativen, dass qualifizierte Menschen mit Behinderungen im Rahmen des Begutachtungsprozesses herangezogen werden sollten. Auch diesem Wunsch wurde bislang nicht entsprochen. Im Zusammenhang mit der unten dargestellten in Aussicht genommenen Peer-Ausbildung (siehe Seite 23) würde sich hier insgesamt eine Neuausrichtung der Feststellung des individuellen Hilfebedarfes anbieten.

- **Es wird daher empfohlen, die gutachterliche Tätigkeit zur Feststellung des individuellen Hilfebedarfes durch Amtssachverständige, unter welchen sich auch Expert/innen in eigener Sache befinden sollten, durchführen zu lassen.**

7. Bedarfs- und Entwicklungsplanung

Vom Land Steiermark wurden allein im Jahr 2014 insgesamt rund EUR 184 Mio. für „Maßnahmen der Behindertenhilfe“ ausgegeben. So erfreulich diese vergleichsweise hohe Summe erscheinen mag, so fraglich bleibt, inwieweit mit den aufgewendeten Mitteln tatsächlich auch eine Weiterentwicklung zur Zielerreichung im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stattfindet.

Dies liegt zum einen daran, dass nach wie vor keine verlässlichen Daten über die eingesetzten Mittel und Dienstleistungen und die Personen, die diese in Anspruch nehmen, vorliegen. Mangels dieser Grundlage ist damit auf der anderen Seite naturgemäß auch keine fundierte Bedarfs- und Entwicklungsplanung möglich.

So gibt es weder konkrete zeitlich und inhaltlich ausgearbeitete Konzepte und Pläne zur Deinstitutionalisierung und Schaffung von kleinräumlichen inklusiven Wohnangeboten noch solche zur damit einhergehenden Weiterentwicklung mobiler Dienste und Direktzahlungen.

- **Es ist daher die wiederholte Forderung nach einer einschlägigen Bedarfs- und Entwicklungsplanung auf Basis einer validen Datenlage zu stellen, um die für die Leistungen der Behindertenhilfe eingesetzten Mittel in größtmöglichem Ausmaß dafür einsetzen zu können, die Pflichten aus der UN-Behindertenrechtskonvention auch auf Landesebene zu erfüllen.**

8. Sozialarbeit

Einen weiteren strukturellen Mangel, der nun schon längerdauernd wahrzunehmen ist, stellt die fehlende Sprengelsozialarbeit für behinderte Menschen dar.

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung fehlt hier oft das nötige Spezialwissen, sodass sich bemerkenswerterweise auch immer wieder Sozialarbeiter/innen der Bezirksverwaltungsbehörden ratsuchend an die Anwaltschaft wenden. Im Erwachsenenbereich stehen, mit Ausnahme von Graz, grundsätzlich nahezu keine personellen Ressourcen für die verwaltungsbehördliche Sozialarbeit für Menschen mit Behinderung zur Verfügung.

- **Zur Herstellung eines adäquaten sozialarbeiterischen Angebotes auf Bezirksebene, wird die Qualifizierung der aktiven Sprengelsozialarbeiter/innen in Bezug auf die Belange von behinderten Personen, sowie die deutliche Erhöhung der personellen Ressourcen für eine bedarfsgerecht ausgestaltete einschlägige Erwachsenensozialarbeit empfohlen.**

9. Peer-Beratung

In einigen österreichischen Bundesländern existieren bereits unterschiedliche Formen von Ausbildungen zu Peer-Berater/innen von und für Menschen mit Behinderungen. Nach umfangreichen Vorarbeiten gelang es, gemeinsam mit dem Verein Achterbahn und dem Büro des zuständigen Landesrates den Studiengangsleiter für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Joanneum, Prof. Dr. Klaus Posch, dafür zu gewinnen, ein Konzept für einen einschlägigen Lehrgang zu entwickeln. Ziel ist es, Menschen mit Lernschwierigkeiten, Personen mit Bewegungs- und Sinnesbeeinträchtigungen sowie psychisch beeinträchtigten Menschen eine Ausbildung anzubieten, die sie zur qualifizierten Beratung als Expert/innen in eigener Sache befähigt und damit auch ein neues Berufsfeld eröffnet.

Nachdem die Bereitschaft der FH Joanneum vorhanden ist und die diesbezügliche Grundlagenarbeit bereits stattgefunden hat, gilt es nun nach den weiteren erforderlichen Vorbereitungen, wie der Erstellung eines Curriculums, der Auswahl des Lehrkörpers und der Sicherstellung aller erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen, den zielgruppenbezogen dreigliedrigen Lehrgang auch tatsächlich einzurichten und die Finanzierung sicherzustellen.

- **Es wird daher angeregt, an der Fachhochschule Joanneum einen Lehrgang zum/zur akademischen Peer-Berater/in einzurichten. Absolvent/innen dieses Lehrganges sollten als eigene Berufsgruppe in das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufesgesetz (StSBBG) aufgenommen und die Ausbildung auch im Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich (BAGS-KV) berücksichtigt werden.**

10. Barrierefreiheit

Am 31.12.2015 laufen die Übergangsfristen des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) zur Beseitigung von Hindernissen aus. Ab 2016 sind Menschen mit Behinderungen die Verwaltung des Bundes, sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehende Güter und Dienstleistungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar zu machen. Dieses Faktum wird nach wie vor von zahlreichen Akteuren zu wenig bis gar nicht beachtet und teilweise auch bewusst ignoriert.

Durch den nur schwach ausgeprägten Rechtsschutz und fehlende Ansprüche auf Beseitigung und/oder Unterlassung eines diskriminierenden Sachverhaltes oder Verhaltens ist zu erwarten, dass sich daran auch in Zukunft nur wenig ändern wird. Dies zeigt sich auch in der nach wie vor geringen Anzahl von, bei Diskriminierungsverfahren verpflichtend

durchzuführenden, Schlichtungsverfahren bei der Landesstelle des Bundessozialamtes von 40 bzw. 26 in den Jahren 2013 und 2014.

Aber selbst wenn Schritte in Richtung Barrierefreiheit gesetzt werden, bleibt es oft bei der eindimensionalen Sichtweise auf bauliche Aspekte, die für Personen mit Bewegungsbeeinträchtigung von Bedeutung sind. In meist nur sehr eingeschränkter Form findet auch eine Auseinandersetzung mit der Erfüllung von Anforderungen von seh- und hörbeeinträchtigten Personen und Menschen mit Lernschwierigkeiten statt.

So gibt es beispielsweise auch auf Gemeindeebene oder im Bereich der Landesschulen noch zahlreiche Gebäude, die den Anforderungen an eine umfassende Barrierefreiheit nicht entsprechen.

- **Solange die bundesgesetzliche Lage für den Diskriminierungsschutz weiterhin nur eine unzureichende Handhabe zur nachhaltigen Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe bietet, erscheint es umso wichtiger vorzuschlagen, einerseits das Landes-Gleichbehandlungsgesetz mit einem Beseitigungs- bzw. Unterlassungsanspruch bei Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen auszustatten und andererseits alle im Zuständigkeitsbereich des Landes gelegenen Maßnahmen durchzuführen bzw. zu veranlassen, damit den diesbezüglichen Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zumindest auf regionaler Ebene nachgekommen wird.**

11. UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

Durch die Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist in Österreich eine klare internationale Verpflichtung zur Herstellung der gleichberechtigten Teilnahme von behinderten Personen in allen Lebenslagen gegeben.

Der nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention wurde, u.a. auch von der Anwaltschaft, als wenig ambitioniert und kaum mit konkreten Vorhaben und messbaren Ergebnissen versehen kritisiert.

Leider hat sich nun auch der Aktionsplan des Landes in seiner ersten Umsetzungsphase als nur beschränkt geeignetes Mittel zur nachhaltigen Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen in der Steiermark erwiesen.

Einerseits wurden von den 54 geplanten Maßnahmen laut Mitteilung der Projektleitung nur 33 zur Gänze umgesetzt, 15 sollen das vorgegebene Ziel teilweise erreicht haben und 6

Maßnahmen wurden gar nicht durchgeführt. Die Angaben über den Erfüllungsgrad der Umsetzung der Vorhaben beruhen auf den Rückmeldungen der jeweiligen Maßnahmenverantwortlichen und wurden nicht objektiv evaluiert, weshalb diesbezüglich berechtigte Zweifel anzumelden sind. So können beispielsweise die Darstellungen einer teilweisen Durchführung der Weiterentwicklung der Behindertenhilfe, der Herstellung eines one-stop-shops für Hilfsmittel, des Ausbaus und der Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets oder einer einheitlichen Zuständigkeit für schulische Assistenzleistungen aus Sicht der Anwaltschaft nicht nachvollzogen werden.

Auch die Begleitgruppe, als das einzige partizipativ ausgestaltete umsetzungsbegleitende Gremium, wurde über den gesamten Zeitraum der Phase 1 von 2012 bis 2014 nur ein einziges Mal zu Beginn einberufen und erhielt somit ebenfalls keine Möglichkeiten zur Bewertung des Verlaufes und der Ergebnisse. Bemerkenswerterweise ist dieser Ausschuss in der Phase 2 nun gar nicht mehr vorgesehen und wurde auch nicht in die Erstellung der weiteren Vorhaben mit einbezogen. Es ist also in der Projektorganisation kein/e Selbstvertreter/in und keine gesetzliche Interessenvertretung mehr vorgesehen, womit letztlich dieses der Umsetzung der UN-BRK dienende Instrument selbst eine wesentliche Voraussetzung dafür nicht erfüllt.

Berechtigte Hoffnung zur Verbesserung dieser Situation kann daraus geschöpft werden, dass sich nunmehr der Landes-Monitoringausschuss konstituiert hat, nachdem dies in einer Novelle des StBHG konventionsgemäß und einer Empfehlung der Anwaltschaft folgend so vorgesehen wurde. Dieses Gremium besteht überwiegend aus Selbstvertreter/innen und ist dazu berufen, die Umsetzung und Einhaltung des Übereinkommens zu überwachen und der Landesregierung darüber zu berichten.

III. AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE

Aus der großen Anzahl der bearbeiteten Geschäftsfälle werden nachfolgend einige wenige, die besonders breitenwirksam oder bemerkenswert erscheinen, beispielhaft dargestellt, die aber auch nur ansatzweise einen Einblick in die Vielfalt und den Umfang der Fragestellungen, die von der Anwaltschaft zu bearbeiten sind, geben können.

1. Rückerstattung von Pflegegeldbeiträgen

Im Zuge einer Beschwerdeprüfung stellte die Anwaltschaft 2013 fest, dass Bezirksverwaltungsbehörden die mit einer Gesetzesnovelle aufgehobene Pflegegeldteilung beim assistierten Schulbesuch behinderter Kinder und Jugendlicher - d.h. die Verpflichtung, 20 - 40% des jeweilig zuerkannten Pflegegeldes an Beitrag für die über das StBHG zur Verfügung gestellte Betreuung zu leisten - auch nach dem Inkrafttreten am 01.01.2011 weiter durchführten.

Nach Aufzeigen dieses Missstandes erhielten die betroffenen Familien aufgrund der Länge des Zeitraumes der ungerechtfertigten Einhebung der Kostenbeiträge erhebliche Rückzahlungen, womit letztlich auch ein gesetzeskonformer Zustand hergestellt werden konnte.

2. Hürdenlauf zur erhöhten Familienbeihilfe

In zahlreichen Fällen unterstützte die Anwaltschaft behinderte Personen bzw. deren Eltern dabei, zu einer erhöhten Familienbeihilfe zu gelangen bzw. diese weiterhin beziehen zu können. Dies gestaltete sich mehrmals als äußerst schwierig, da es an einigen Finanzämtern nach wie vor die Praxis gibt, Ablehnungen von diesbezüglichen Anträgen lediglich durch „Mitteilungen“ zu erledigen.

Um dagegen ein Rechtsmittel ergreifen zu können, konnte oft erst nach vehementem Insistieren die Ausstellung eines Bescheides durchgesetzt werden. Regelmäßig wurde eine dagegen gerichtete Beschwerde der Antragsteller/innen mittels einer Beschwerde- vorentscheidung desselben Finanzamtes neuerlich abgelehnt.

Erst durch einen weiteren Schritt, nämlich einen Vorlageantrag, gelangte die Entscheidungskompetenz an das Bundesfinanzgericht, wo dann in der Mehrzahl der Fälle auch eine Korrektur und positive Entscheidung, verbunden mit teilweise erheblichen Nachzahlungen, erreicht werden konnte.

3. Gebührenfreies Parken

Am Universitätsklinikum Graz wurde eine neue Parkordnung auch bei Einfahrten ins Innengelände des LKHs erlassen. Diese sieht grundsätzlich keine Ausnahmen für Besitzer/innen eines Ausweises für Menschen mit Behinderungen nach § 29b StVO vor.

Es konnte erreicht werden, dass gebührenfreies Parken für Inhaber/innen dieses Parkausweises für die Dauer der Behandlung oder eines Krankenbesuches durch Aushändigung eines Gratis-Tickets möglich ist. Darüber hinaus besteht im Falle regelmäßiger Behandlung am Klinikum nun auch die Möglichkeit einer Registrierung für die ticketlose, gebührenfreie Aus- und Einfahrt ins LKH-Innengelände.

4. Mediation mit Trägervertreter und Angehöriger

Die Mutter und zugleich Sachwalterin einer jungen Frau mit Behinderung war mit der Betreuung ihrer Tochter in einer Einrichtung der Behindertenhilfe nicht zufrieden und äußerte zum Teil massive Anschuldigungen gegenüber dem Personal, unter anderem auch bei der Strafverfolgungsbehörde. Dies hatte zur Folge, dass vonseiten des Trägers eine Kündigung des Betreuungsverhältnisses ausgesprochen wurde, was dann aber nicht im Sinne der Beschwerdeführerin war, weshalb sie sich an die Anwaltschaft wandte.

Im Zuge mehrerer Interventionsschritte, in welchen die Interessenslagen der Klientin, deren Mutter, des Personals und dem Träger besprochen und Missverständnisse aufgeklärt werden konnten, wurde schließlich ein neuer Vertrag mit klaren Kommunikationsregeln zum längerfristigen Bestand des Betreuungsverhältnisses erarbeitet.

5. Rechtsdienste

Zum Teil problematisch erscheint die Entwicklung der von Trägern der Behindertenhilfe (die zum Teil auch als Interessenvertretung behinderter Menschen fungieren) eingerichteten Rechtsabteilungen zur Beratung von Klient/innen und Angehörigen. Diese übernehmen auch die rechtliche Vertretung in Beschwerdeverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht, wobei u.a. in einer Leitentscheidung festgestellt wurde, dass dabei weniger die Interessen des Klientels als vielmehr jene der Trägerinstitution verfolgt wurden.

In einem weiteren Fall lehnte eine Rechtsberatung die Unterstützung einer Klientin in einem Konflikt mit einer Dienstnehmerin des Trägers mit dem Hinweis ab, bereits diese zu beraten.

Ebenfalls fragwürdig erscheint der in mehreren Fällen wahrgenommene Umstand, dass Klient/innen bzw. deren Angehörige kaum über den vom Rechtsdienst verfassten Inhalt eines Rechtsmittels gegen einen Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde informiert wurden bzw. in dessen Textierung nicht eingebunden waren.

6. Sicherung des inklusiven Schulbesuches

Der Mutter eines insulinpflichtigen Volksschulkindes wurde kurz vor Schulbeginn mitgeteilt, dass die Erforderlichkeit der Betätigung der Insulinpumpe ein großes Hindernis für einen Besuch der örtlichen „Regelschule“ sei.

Nach Abklärung der rechtlich erforderlichen Modalitäten, erklärte sich eine Lehrerin der Schule zur Durchführung dieser Tätigkeit bereit, für die Fälle von deren allfälliger Abwesenheit wurde kurzfristig ein Bescheid für die Übernahme der Kosten einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegefachkraft erwirkt und dem Kind so der inklusive Schulbesuch ermöglicht.